

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Die deutsch-indischen Beziehungen stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 2. Oktober 2019 hat Indien den 150. Geburtstag Mahatma Gandhis gefeiert und an sein Wirken erinnert. Der Deutsche Bundestag würdigt die Leistungen Gandhis, seinen Einsatz für die Unabhängigkeit Indiens, die Prinzipien des gewaltlosen Widerstands sowie des nachhaltigen Wirtschaftens. Mahatma Gandhi bleibt ein internationales Vorbild, in dessen Tradition und Verantwortung sich Deutschland und Indien als demokratische Staaten in enger Freundschaft verbunden fühlen. Indien hat sich seit seiner Staatsgründung immer als säkularer, multireligiöser und multiethnischer Staat verstanden. Dieses Prinzip der Toleranz hat sich bis in die Gegenwart bewährt und garantiert auch im heutigen Indien den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Interessenausgleich zwischen den diversen gesellschaftlichen Gruppen.

Im Jahr 2022, im 75. Jahr seiner Unabhängigkeit, übernimmt das Land den Vorsitz der G20. Gemeinsam mit Deutschland, Brasilien und Japan strebt Indien einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) an. Für 2022 kündigt Delhi die erste bemannte Weltraummission an. Bis zum Jahr 2025 plant die Regierung, die indische Volkswirtschaft mit einem Bruttoinlandsprodukt von dann 5 Billionen Dollar zur drittgrößten der Welt zu machen. Schätzungen der VN zufolge wird Indien China als bevölkerungsreichstes Land im Jahr 2027 ablösen. Der Weg der größten Demokratie der Welt zu einem wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Schwergewicht setzt sich damit fort.

Die Regierung Modi meldet selbstbewusst den Gestaltungsanspruch Indiens auf der Weltbühne an. Delhi hat sich aus seiner historischen Zurückhaltung verabschiedet und öffnet sich vorsichtig für neue Kooperationsformate. Mit den Vereinigten Staaten kooperiert Indien im Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik mittlerweile auf breiter Basis. Mit der Europäischen Union besteht seit 2004 eine strategische Partnerschaft. Durch die enge Bindung an Japan wurde ein wichtiger Partner für die weitere wirtschaftliche Entwicklung gewonnen. Der Beitritt Indiens zur Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit knüpft an die traditionell guten Beziehungen zu Russland an und öffnet ein neues Kapitel der Zusammenarbeit mit China. Die „Act East Policy“ sucht eine stärkere Anbindung an den Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN). Mit einer klar formulierten Strategie der Zusammenarbeit in Süd- und Südostasien sowie Afrika macht Delhi Ansprüche auf den Indischen Ozean als eigene Interessensphäre geltend. Auch auf globaler Ebene ergreift Indien zunehmend Initiative, beispielsweise durch die Gründung der Internationalen Solar-Allianz oder der Koalition für Katastrophenresilienz. Durch die Parlamentswahlen 2019 erneut mit einer deutlichen parlamentarischen Mehrheit ausgestattet, wird die Regierung Modi II diesen Anspruch weiter mit Leben füllen.

Deutschland und Indien haben viele gemeinsame strategische Interessen. Seit Beginn der Wirtschaftsliberalisierung 1990 ist es Indien gelungen, hunderte Millionen Menschen aus der Armut zu führen. Große Fortschritte gab es auch im Kampf gegen HIV/AIDS und in Bezug auf den Zugang von Mädchen und jungen Frauen zu Bildungseinrichtungen. Dennoch bleibt viel zu tun. Ohne Indien werden die Sustainable Development Goals (SDGs) der UN-Agenda 2030 nicht erreicht werden.

Indien baut heute seine Infrastruktur für Energie, Mobilität und Wohnen für das 21. Jahrhundert. Folgt Indien hier dem energie- und emissionsintensiven Pfad der alten Industrieländer, sind die Pariser Klimaschutzziele trotz aller Anstrengungen in Europa nicht erreichbar und Luftverschmutzung und andere Schadstoffbelastungen werden weiter zunehmen. Es ist daher im strategischen Interesse Deutschlands, Indien dabei zu unterstützen, einen kohlenstoff- und schadstoffarmen Entwicklungspfad einzuschlagen.

Die multilaterale, regelbasierte Weltordnung steht unter Druck. Indien ist als größte Demokratie der Welt ein wichtiges Symbol für liberale Werte. Delhi hat ein starkes Interesse an einer regelbasierten, multilateralen Ordnung, die sein neues Gewicht reflektiert. Das deutsche Engagement für eine Allianz der Multilateralisten und die enge Zusammenarbeit mit Wertepartnern im asiatisch-pazifischen Raum sind von entscheidender Bedeutung. Die Bundesregierung sollte daher auch weiterhin versuchen, neben Japan und Australien auch Indien hier stärker als bislang einzubinden.

Deutschland und Indien pflegen eine strategische Partnerschaft. Schon im Mai 2000 haben beide Länder die „Agenda für die deutsch-indische Partnerschaft im 21. Jahrhundert“ angenommen. Seit 2011 treffen sich Regierungschefs und weitere Kabinettsmitglieder alle zwei Jahre im Rahmen von Regierungskonsultationen. In Folgeerklärungen haben beide Länder den Fokus der weiteren Zusammenarbeit auf Zukunftsbereiche wie Umwelt, Energie, Wissenschaft und Technologie gerichtet. Indien ist zudem ein „Globaler Entwicklungspartner“ Deutschlands.

Eine weitere wichtige Säule der deutsch-indischen Kooperation liegt im Bildungs- und Wissenschaftsbereich. Im Bildungsbereich unterstützt die Bundesregierung beispielsweise den deutsch-indischen Austausch junger Menschen, indem sie unter anderem Programme für Hochschulkooperationen, den wissenschaftlichen Austausch und die Partnerschulinitiative „Schulen: Partner der Zukunft“ (PASCH) finanziert.

Von gemeinsamen Forschungsprojekten und vom Austausch der Studierenden und jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler profitieren Wirtschaft und Forschungslandschaft der beiden Länder.

Nichtsdestotrotz werden Indiens Aufstieg, seine Bedeutung für die internationalen Beziehungen und seine Rolle als globaler Partner in der deutschen Öffentlichkeit noch immer zu wenig wahrgenommen. Während das weltpolitische Gewicht Chinas sowohl in den deutschen Medien als auch im politischen Umfeld Berlins allgegenwärtig ist, wird das Interesse an Indien der strategischen Bedeutung des Landes bislang nicht gerecht. Angesichts der anstehenden 5. deutsch-indischen Regierungskonsultationen ist es an der Zeit, die deutsch-indischen Beziehungen auf eine neue Ebene zu heben. Zwischen diesen formalisierten Treffen der Regierungen sollten daher der hochrangige politische Austausch und Dialog mit Indien intensiviert werden.

Um die deutsch-indischen Beziehungen effektiver zu gestalten, braucht es belastbare Beziehungen und einen regelmäßigen Austausch auf der Arbeitsebene. Delhi investiert bereits in den Ausbau seiner außenpolitischen Kapazitäten. Bereits vorhandene Strukturen zur Koordinierung unserer Indien-Politik innerhalb des Bundeskanzleramtes, des Auswärtigen Amtes sowie im Ressortkreis sollten weiter ausgebaut werden, um die Zusammenarbeit mit Indien noch effektiver zu gestalten und zu vertiefen. Im föderalen Bundesstaat Indien ist zudem die Kooperation mit den Bundesländern wichtig, denen es aber oft an den Kapazitäten fehlt. Zwischen den indischen und deutschen Bundes-

staaten/-ländern Karnataka und Bayern, Maharashtra und Baden-Württemberg bestehen Länderpartnerschaften, Nordrhein-Westfalen kooperiert mit Westbengalen, um die wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit zu fördern. Indische Bundesstaaten und deutsche Bundesländer sollten die Ähnlichkeiten der föderalen Struktur beider Länder noch stärker nutzen und alle Möglichkeiten der Beteiligung auf lokaler Ebene erschließen, unter anderem durch die Vereinbarung weiterer Länder- und Städtepartnerschaften, gemeinsam abgestimmte Mechanismen und den Austausch bewährter Praktiken durch regelmäßige Kontakte. Die Bundesrepublik Deutschland kann über Fort- und Weiterbildungsangebote und den Austausch diplomatischen und ministeriellen Personals zum Kapazitätsaufbau beitragen. Auch die Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Bundestag und dem indischen Parlament sollte institutionell gestärkt werden. Langfristig kann so Vertrauen gestärkt, verlässliche Arbeitskontakte aufgebaut und ein Beitrag zur Schärfung der multilateralen Haltung Indiens geleistet werden.

Seit der wirtschaftlichen Öffnung des Landes in den 1990er Jahren wächst die indische Wirtschaft fast kontinuierlich und ist derzeit eine der Wachstumslokomotiven der Weltwirtschaft. Der Anteil der deutschen Ausfuhren ist in den letzten drei Jahren massiv angestiegen und liegt derzeit bei 12,5 Milliarden Euro. Deutschland ist Indiens wichtigster Handelspartner innerhalb der EU. Dennoch sollte das wirtschaftliche Engagement Deutschlands auf einem der größten Märkte der Welt stärker durch die Herausforderungen der globalen Nachhaltigkeits- und Klimapolitik betrachtet werden. Nicht nur die jüngsten Herausforderungen auf den amerikanischen und chinesischen Märkten sollten Anreiz dazu geben, sich noch eindeutiger als bisher strategisch im indischen Markt zu positionieren. Große Chancen liegen auch im Bereich der digitalen Ökonomie. Mit dem German Indian Startup Exchange Program (GINSEP) gibt es bereits ein Instrument, das indischen und deutschen Start-ups sowie Investoren den Zugang zu Märkten und Netzwerken im jeweils anderen Ökosystem erleichtert. Dieses Programm gilt es zu verstetigen und auszubauen. Zudem sollten weitere Maßnahmen wie z. B. die Einrichtung eines deutschen Akzelerators in Indien und andere Kooperationsformen folgen. Die Programme der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in den Bereichen der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und Berufsbildung sollten insbesondere in den nachhaltigen Zukunftsmärkten der Energie- und Mobilitätswende, der nachhaltigen Stadtentwicklung und des Wassermanagements weiter ausgebaut werden.

Indien steht, wie die Region Südasien insgesamt, vor globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Verschmutzung, Biodiversitätsverlust, Migration, Urbanisierung und sozialer Ungleichheit, welche Frauen im besonderen Ausmaß benachteiligen. Deutschland und Indien sollten intensiver zusammenarbeiten, um die Sustainable Development Goals (SDGs) zu erreichen. Dazu bedarf es verstärkter Kooperation zur Erreichung der Ziele in Indien, aber auch in anderen Regionen. Delhi und Berlin haben ein nachhaltiges Interesse an Sicherheit und politischer Stabilität in Afghanistan. Indien ist zum drittgrößten Handelspartner Afrikas aufgestiegen. Deutschland und Indien sollten ihre Beiträge zur Entwicklung der afrikanischen Länder stärker verzahnen.

Indien konkurriert mit China um Einfluss in Südasien und Afrika, andererseits haben beide Länder ein gemeinsames Interesse daran, dass sich ihr größeres Gewicht in den internationalen Organisationen widerspiegelt. Indien braucht chinesische Investitionen und Technologien, um das Land zu modernisieren, betrachtet aber die geopolitische Dimension der chinesischen Seidenstraßeninitiative (Belt-and-Road-Initiative – BRI) in seiner unmittelbaren Nachbarschaft mit Misstrauen. Indien kann und will die Zusammenarbeit mit den USA nicht aufgeben. Allerdings bringt die amerikanische Politik gegenüber China und Iran auch Indien in eine schwierige Lage. Gemeinsam mit Europa und Japan könnte Indien sein Gewicht einbringen, um die Lösung von Handelsstreitigkeiten im Rahmen einer regelbasierten, multilateralen Weltordnung zu ermöglichen. Gerade im Bereich der e-Mobilität und Energieeffizienz wird China zum

wichtigsten Partner. Aber hier bieten sich auch viele Chancen für deutsche Unternehmen. Deutschland und Europa sollten sich nicht nur in Indien als Modernisierungspartner engagieren, um einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden. Eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Infrastruktur, Konnektivität, Energie und Mobilität ist nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch geopolitischen Interesse Deutschlands und Indiens. Mit der Stärkung des umfangreichen deutschen Engagements beim Aufbau alternativer Energiesysteme und kohlenstoffarmer Mobilität kann zudem auch ein entscheidender Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Als weltweit drittgrößter Emittent von Treibhausgasen sollte Indien ferner bei der Umsetzung und bei der Ambitionssteigerung seiner nationalen Klimabeiträge unterstützt werden. Dies gilt auch für den Ausstoß anderer Emissionen wie Abwässer und Abfälle, die zum Beispiel in die Meere gelangen. Hier kann Deutschland als einer der globalen Technologie- und Wissensführer zum Aufbau nachhaltiger Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen der Daseinsvorsorge beitragen und helfen, auch diese grenzüberschreitenden Belastungen der Umwelt zu reduzieren. Darüber hinaus ist die Minderung der extremen Luftverschmutzung in und durch Indien ein drängendes Problem, für dessen Lösung Synergien mit Klimaschutzmaßnahmen genutzt werden sollten. Als Megadiversitätsland, das 7 bis 8 Prozent der globalen Artenvielfalt beherbergt, ist Indiens Engagement zum Biodiversitätsschutz und den Zielen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) von großer Bedeutung.

Indien hat mit einem Medianalter von 28 Jahren eine relativ junge Bevölkerung. Trotz eines relativ konstanten Wirtschaftswachstums von derzeit über 7 Prozent, fehlt es aber an Beschäftigungsmöglichkeiten für die monatlich bis zu einer Million jungen Indierinnen und Indier, die neu auf den Arbeitsmarkt strömen. Automatisierung und Digitalisierung steigern die Produktivität, wirken sich jedoch auf kurze Sicht beschäftigungsmindernd vor allem im formellen Sektor aus. Laut Weltbank sind 69 Prozent aller Jobs in Indien der potenziellen Gefahr ausgesetzt, automatisiert zu werden. Das erklärte Ziel der Modi-Regierung ist es, Indiens verarbeitende Industrie zu stärken. Allerdings bleiben die Arbeitsplätze gerade im Bereich nicht regulierter Zulieferketten häufig von akzeptablen Arbeits- und Sozialstandards weit entfernt. Von der wachsenden IT- und Servicebranche, zu denen auch die Call-Center zählen, aber auch im Bankensektor haben vor allem Frauen profitiert, die zur neuen Mittelschicht avanciert sind. Ihre Stellen sind nun durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz und Chatbots bedroht. Welchen Einfluss die globalen Umwälzungen (Re-shoring, Klimaschutz, Elektromobilität, Automatisierung und Digitalisierung) auf die Zukunftsfähigkeit bzw. Nachhaltigkeit der indischen Wirtschaft haben werden, bleibt abzuwarten. Sicher ist jedoch, dass das beschäftigungslose Wachstum bereits heute die politische Debatte polarisiert. Welche Auswirkungen es auf sozialen Frieden und politische Stabilität hätte, wenn für die bis 2050 noch einmal auf geschätzte 1,6 Milliarden Menschen anwachsende Bevölkerung keine Möglichkeiten geschaffen werden, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, zeigt der Blick auf Indiens Nachbarschaft. Es ist daher im deutschen Interesse, Radikalisierung und gewaltsame Konflikte frühzeitig durch die Schaffung guter Arbeit zu verhindern.

Der Klimawandel in Form von extremer Dürre und unvorhersehbarem Monsunregen macht die existenziell wichtige Produktion von Lebensmitteln deutlich schwieriger und hat Einfluss auf u. a. den Wasserhaushalt im Himalaya-Gebirge. Klimawandel, Biodiversitätsverlust und mangelnde Arbeitsplätze auf dem Land verstärken die Landflucht. Während derzeit circa 300 Millionen Menschen in Städten leben, werden es 2030 bereits 600 Millionen und 2050 über 800 Millionen Menschen sein. Eine effektive Anpassung an den Klimawandel und eine Transformation hin zu einem klimaneutralen Wachstum bei gleichzeitigem Wettbewerb um Arbeitsplätze wird erhebliche Verteilungskonflikte provozieren. In Indien bedroht die Erderwärmung bis 2039 geschätzte 34 Millionen Arbeitsplätze. Die schlechte Umweltqualität wird zur neuen sozialen Frage, da sich ärmere Bevölkerungsschichten keine teuren Schutzmaßnahmen

leisten können. Deutschland muss also ein Interesse daran haben, Indien in seinen Bemühungen zu unterstützen, einen ausgewogenen Wachstumspfad zu beschreiten und gleichzeitig zu einem wichtigen Verbündeten in der internationalen Klimapolitik zu werden.

Die Geschichte der indischen Demokratie ist eine Erfolgsgeschichte. Trotz Armut, sozialer Unterschiede, kultureller und religiöser Vielfalt, Komplexität und Größe des Landes ist die Entwicklung Indiens größtenteils friedlich verlaufen. Die demokratischen Institutionen sind gefestigt. Das Land verfügt über eine lebendige und vielfältige Zivilgesellschaft und freie Meinungsäußerung. Der Regierung Modi ist es zweimal hintereinander gelungen, eine absolute Mehrheit bei den Unterhauswahlen zu erlangen. Mit solch klaren Mehrheitsverhältnissen obliegt jeder demokratisch gewählten Regierung die besondere Verantwortung, den Schutz der Oppositionsparteien und die Kontrollfunktion von Parlament, Justiz und Öffentlichkeit sicherzustellen. Mit Besorgnis nimmt der Deutsche Bundestag Meldungen zur Kenntnis, nach denen es immer wieder zu spontanen Gewaltausbrüchen und Lynchmorden gegenüber religiösen Minderheiten sowie zu sexuellen Übergriffen und Gewalttaten gegenüber Frauen kommt. In einigen Teilen des Landes scheinen die von der Verfassung verbrieften Rechte noch nicht vollständig gelebt zu werden. Hier ist die Zentralregierung gefordert, der bestehenden Rechtslage auch Akzeptanz und Geltung zu verschaffen. Ebenso bereiten Berichte zu Einschränkungen der Tätigkeiten von Nichtregierungsorganisationen Sorgen. Dabei hat Indiens föderales System immer wieder dazu beigetragen, Konflikte zu lösen. Mit Sorge nimmt der Deutsche Bundestag daher die Aufhebung des Sonderstatus des Bundesstaates Jammu und Kaschmir – auch wegen der regionalen Implikationen – zur Kenntnis. Der Deutsche Bundestag ruft die indische Regierung dazu auf, die durch die Verfassung verbrieften Bürgerrechte zu achten, noch in weiten Teilen des neu geschaffenen Unionsterritoriums Jammu und Kaschmir bestehende Einschränkungen so bald wie möglich aufzuheben und den Dialog mit der betroffenen Bevölkerung zu suchen. Auch bei anderen regionalen Konflikten wie z. B. in Manipur und umliegenden nordöstlichen Bundesstaaten ruft der Deutsche Bundestag die indische Regierung zum Dialog und zur vollen Achtung der Menschenrechte auf.

In Zeiten geopolitischer Verwerfungen, eines neuen Systemwettbewerbs durch autoritäre Regime und einer Rückkehr des Nationalismus haben die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Indien aufgrund ihrer demokratischen und pluralistischen Traditionen eine besondere Verantwortung, diese Werte auch international zu verteidigen und zu fördern.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung, bei haushaltswirksamen Maßnahmen unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, auf:
 1. die freundschaftlichen Beziehungen und politischen Verbindungen zwischen Deutschland und Indien zu vertiefen, auszubauen und zu fördern;
 2. gemeinsam mit der indischen Regierung die strategische Kooperation in internationalen Fragen der Handels-, Menschenrechts-, Umwelt-, Klima-, Biodiversitäts-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik auszubauen;
 3. gemeinsam mit anderen befreundeten Staaten eine Allianz der regelbasierten, multilateralen Weltordnung auf- und auszubauen und faire und auf Ausgleich basierte Institutionen zu stärken;
 4. sich in diesem Geiste weiterhin für eine Reform des VN-Sicherheitsrates einzusetzen;
 5. neue dauerhafte Gesprächsformate von Indien und Deutschland gemeinsam mit Drittstaaten, insbesondere mit Wertepartnern im asiatisch-pazifischen Raum, zu entwickeln;

6. sich für eine verstärkte Zusammenarbeit bei der politischen, technischen und wirtschaftlichen Modernisierung Indiens auf der Grundlage der gemeinsamen Werte einzusetzen und dabei gezielt auf die Vereinbarkeit von Umwelt- und Klimaschutz, Wirtschafts- und Infrastrukturwachstum und international anerkannten akzeptablen Arbeits- und Sozialstandards hinzuwirken;
7. Indiens Rolle in der internationalen Umwelt- und Klimapolitik zu stärken, den Auf- und Ausbau kohlenstoffarmer Energie- und Mobilitätssysteme sowie nachhaltiger Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen zu fördern und die finanzielle und technische Unterstützung zur Bewältigung des Klimawandels und Biodiversitätsverlustes sowie für den Aufbau resilienter Städte auszuweiten;
8. durch die Vergabe von Finanzierungsinstrumenten für den Auf- und Ausbau von Konnektivitätsinfrastrukturen zu einer Pluralisierung des Angebots in Südasiens beizutragen und somit die geopolitische Dimension der Modernisierungspartnerschaft mit Indien zu stärken;
9. über Fort- und Weiterbildungsangebote und den Austausch diplomatischen und ministeriellen Personals zum Kapazitätsaufbau der indischen Governance-Strukturen auf Bundes- und Landesebene beizutragen;
10. deutsche, in Indien tätige Unternehmen zu unterstützen, die Arbeits- und Menschenrechte gemäß dem Nationalen Aktionsplan „Wirtschaft und Menschenrechte“ der Bundesregierung, den OECD-Richtlinien und vergleichbaren Regelwerken einzuhalten und zu Vorbildern verantwortungsvoller Unternehmensführung auszubauen;
11. den sozialen Dialog zwischen deutschen Unternehmen in Indien, den jeweiligen Gewerkschaften und indischen Behörden zu fördern und zu institutionalisieren;
12. einen neuen Anlauf der seit 2007 laufenden Verhandlungen eines Freihandelsabkommens zwischen Indien und der Europäischen Union zu unterstützen;
13. durch Forschungs- und Technologiepartnerschaften sowie gemeinsame Forschungsprojekte die Positionierung auf dem indischen Markt zu stärken sowie international die Kooperation zwischen der Europäischen Union und Indien bei der Standardsetzung zu intensivieren;
14. die gute Zusammenarbeit im Bildungssektor auszubauen und die Berufsbildungszusammenarbeit mit Indien zu intensivieren; die indische Regierung ist in ihren Bemühungen der Bildung und der beruflichen Aus- und Weiterbildung auch weiterhin zu unterstützen;
15. sich für eine Stärkung der Rechte von Frauen in Indien einzusetzen, im Rahmen bestehender Kooperationsprogramme gezielte Weiterbildungskampagnen und -programme für Frauen einzurichten und gerade im unternehmerischen Kontext deutscher Firmen und der Arbeit der Auslandshandelskammern zu stärken;
16. sich für Religionsfreiheit und freie Meinungsäußerung in Indien einzusetzen, Arbeitsrechts- und Menschenrechtsverletzungen genau zu beobachten und auf allen politischen Ebenen regelmäßig anzusprechen und
17. durch die Unterstützung der im Bereich der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik tätigen Mittlerorganisationen die indische Zivilgesellschaft z. B. durch Stipendien, Förder- und Austauschprogramme in ihrer Arbeit zu stärken und den Austausch mit deutschen Organisationen zu fördern.

Berlin, den 22. Oktober 2019

Ralph Brinkhaus, Alexander Dobrindt und Fraktion

Dr. Rolf Mützenich und Fraktion